

(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Es wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/3631 und 17/3683 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Damit sind Sie einverstanden. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Erkenntnisse des Weltagrarberichtes zur Grundlage deutscher, europäischer und internationaler Agrar- und Entwicklungspolitik machen

– Drucksache 17/3542 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Johannes Röring (CDU/CSU):

Wir haben in den letzten Wochen, Monaten und sogar Jahren den Weltagrarbericht immer wieder auf der politischen Tagesordnung gehabt. Er wird von den Oppositionsparteien, egal ob ich hier die Linken, die Grünen oder unseren ehemaligen Koalitionspartner, die SPD, nenne, als das Zukunftswerk für die weltweite Gestaltung und Entwicklung der Landwirtschaft propagiert. In selbem Maße haben Entwicklungshilfeinstitutionen, NGOs oder Vertreter einer ökologisch-biologischen Landwirtschaft sich für die Akzeptanz des Berichts eingesetzt und versucht, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um den Weltagrarbericht zu unterschreiben und ihn damit als ein offizielles Dokument zu legitimieren. Bei all dieser Euphorie und Anpreisung des Weltagrarberichtes darf man allerdings nicht vergessen, welche formelle Basis hinter diesem Bericht steht, ohne sich an dieser Stelle schon mit Inhalten auseinanderzusetzen.

Der Weltagrarbericht ist entstanden auf der Basis eines Netzwerks internationaler Agrarwissenschaftler. Ihm lag kein Auftrag irgendeiner internationalen Organisation zugrunde, auch wenn dies immer wieder von den Beteiligten behauptet wird. Es gab zwar finanzielle und personelle Unterstützung durch die FAO, die Weltbank und andere Einrichtungen der Vereinten Nationen; aber selbst die FAO sieht den Weltagrarbericht nicht als Grundlage für ihr politisches und strategisches Handeln.

Ergänzend muss man feststellen, dass viele Akteure der weltweiten Agrarpolitik in keiner Weise am Diskussionsprozess beteiligt waren bzw. sich im Laufe der Verhandlungen zurückgezogen haben, da eine zu einseitige und nicht ergebnisoffene, sondern vielmehr ideologisch geprägte Diskussion bei der Lösung der identifizierten Probleme stattgefunden hat. Aufgrund dieses Sachverhalts muss jedem klar sein, dass es zu nichts verpflichten

würde, wenn man diesen Bericht unterschreibt oder ihn sonstwie anerkennt. Deshalb hat die Bundesregierung auch völlig zu Recht von einer förmlichen Unterschrift abgesehen.

An dieser Stelle möchte ich nun kurz auf die inhaltliche Qualität des Berichts eingehen. Das große Ziel des Weltagrarberichts, „die Verminderung von Hunger, Armut und Mittellosigkeit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen samt der Gesundheit“ ist ohne Wenn und Aber zu unterstützen. Damit beschreiben wir die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir wollen Hunger und Elend bekämpfen, und ein Schlüssel dazu ist die Landwirtschaft. Die Ernährungskrise im Jahr 2007 hat das Thema Welternährung ganz nach oben auf die politische Agenda gebracht und einen auch dringend notwendigen Schwung in die Debatte gebracht. Auch hier hat sicherlich der Weltagrarbericht einen positiven Beitrag geleistet.

Positiv zu sehen ist auch, dass man versucht hat, tief in die Debatte einzusteigen, man eine nach Regionen unterschiedliche Analyse der Probleme angefertigt und sich auch bemüht hat, Handlungsempfehlungen zu geben. Es ist richtig, dass man die Stärkung lokaler Märkte anstrebt. Es ist der richtige Ansatz, das Thema „Recht auf Land- und Wassernutzung“ zu betonen oder das Thema „Landwirtschaft und Klimawandel“ in den Blickpunkt zu nehmen. In der abschließenden Analyse sehe ich allerdings die große Schwäche des Berichts, der mich zu deutlicher Kritik kommen lässt.

Es findet beinahe durchgängig eine ideologisch geprägte Betrachtungsweise statt, die sich ausschließlich am Ideal eines ökologischen Landbaus orientiert und eine moderne, industrialisierte Form der bäuerlichen Landwirtschaft ablehnt. Doch dabei wird vergessen, dass besonders Merkmale wie Effizienz, Ressourcenschonung, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung eine moderne Landwirtschaft prägen. Ich möchte diese Position aber nicht nur abstrakt darstellen, sondern auch exemplarisch an eine persönlich erlebte Erfahrung anknüpfen, die mich in meiner Überzeugung noch mehr gestärkt hat.

Ich war vor kurzem mit dem Agrarausschuss in den ostafrikanischen Ländern Kenia, Uganda und Äthiopien zu Gast und habe mir die Situation der Menschen, besonders in der Landwirtschaft, angeschaut. Ich habe viele neue Erkenntnisse gesammelt, und ich musste mit großer Enttäuschung feststellen, welches Elend dort vielfach herrscht.

Ich habe dort in vielen Gesprächen mit Hilfsorganisationen, die sich ebenfalls in die Arbeit am Weltagrarbericht eingebracht haben, erfahren, dass diese eine Industrialisierung der Landwirtschaft nach europäischem Vorbild für Afrika ablehnen. So wird es abgelehnt, neue Arten anzubauen oder Mineraldünger einzusetzen. Das Ergebnis ist, dass viele Menschen hungern. Das Ganze ist ein furchtbarer Zynismus. Europa hat vor über hundert Jahren begonnen, durch verstärkten Maschineneinsatz und den Einsatz mineralischen Düngers seine landwirtschaftlichen Erträge zu steigern. Dadurch wurden auch bei uns der Hunger besiegt und der Wohlstand ge-

Johannes Röring

- (A) *mehrt. Lassen wir doch die Afrikaner selbst entscheiden, was sie wollen, und sie dann unterstützen. Warum lassen wir denn kein wirtschaftliches Wachstum im Nahrungsmittelbereich zu? Im Bericht des Weltagrarrates und in den Papieren von vielen Organisationen ist von Stützung der kleinbäuerlichen Struktur die Rede. Warum helfen wir den Bauern dort nicht, Unternehmer zu werden? Warum helfen wir nicht, etwa durch bessere Ausbildung, durch Gründung von Bauernverbänden, durch den Bau von Lagerstätten von der Subsistenzwirtschaft wegzukommen und etwa mit Agrargütern oder Nahrungsmitteln Handel zu treiben? Stattdessen wird erklärt, die Afrikaner wollten nur mit Ochs und Esel ihr Stückchen Land bestellen; dann seien sie glücklich. Ich glaube das nicht.*

Die moderne Landwirtschaft wird mit ihren vielfältigen Möglichkeiten bei Ertragssteigerung und Ertragssicherheit eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Welternährungskrise einnehmen, überall auf der Welt.

- (B) *Bei allen notwendigen Diskussionen über faire Handelsbeziehungen und bei der Debatte um die verschiedensten Gründe für die Verteuerung der Nahrungsmittel kommen wir an einem Fakt nicht vorbei: Die Nachfrage nach Agrarrohstoffen, nach Getreide, Ölsaaten und vielem mehr wird sich in absehbarer Zeit fast verdoppeln. Um diese auf uns zukommende Herausforderung meistern zu können, müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen. Denn dieses Mehr an Nachfrage müssen wir durch Produktion auf der jetzt vorhandenen und kaum vermehrbaren Fläche an weltweitem Ackerland erreichen; denn wir wollen ja bewusst unsere schützenswerten Ur- und Regenwälder unangetastet lassen. Dies wird dann funktionieren, wenn wir eine moderne bäuerliche Landwirtschaft als Basis für diese verantwortungsvolle Aufgabe ermöglichen; denn dies ist ein entscheidender Lösungsansatz und damit ein Segen für die Menschheit.*

Zum Abschluss möchte ich gerne aus dem Weltentwicklungsbericht 2008 der Weltbank zitieren, der an vielen Stellen den kleinbäuerlichen Landwirt als Unternehmer sieht und der die obige These mehr als stützt:

Die Nutzung der Agrarwirtschaft als Basis für Wirtschaftswachstum in Agrarländern setzt eine Produktivitätsrevolution im kleinbäuerlichen Farmbetrieb voraus.

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Im Jahr 2003 haben die Weltbank und die Vereinten Nationen bzw. die FAO einen internationalen Prozess initiiert: das International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, das IAASTD, bekannt geworden als Weltagrarrat. Über 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Kontinente und unterschiedlicher Fachrichtungen haben vier Jahre lang zusammengearbeitet, um die folgenden Fragen zu beantworten: Wie können wir landwirtschaftliches Wissen, Forschung und Technologie einsetzen, um Hunger und Armut zu verringern? Wie lassen sich ländliche Existenzen verbessern, und wie lässt sich weltweit eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung fördern? Die Ergebnisse

- (C) *sind eingeflossen in den Weltagrarbericht, der 2008 veröffentlicht wurde. Ich möchte an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass mit maßgeblicher Unterstützung der SPD der Weltagrarbericht ins Deutsche übersetzt, und damit einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht werden konnte.*

Der Weltagrarbericht hat wichtige Impulse für die Diskussion über die Armutsbekämpfung gegeben. Wir unterstützen die Ergebnisse des Berichtes. Obwohl Deutschland den 2008 erschienenen Bericht nicht unterzeichnet hat, sind viele Erkenntnisse aus dem Bericht in konkrete SPD-Anträge eingeflossen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unseren Antrag „Hunger und Armut in Entwicklungsländern durch die Förderung von ländlicher Entwicklung nachhaltig bekämpfen“ vom 28. November 2008. An dieser Stelle möchte ich nur die wesentlichen Erkenntnisse und unsere Forderungen wiederholen:

Bisher produzierten die Mehrzahl der Kleinbauern in ungefähr 400 Millionen Betrieben mit weniger als zwei Hektar Land pro Betrieb nur das Nötigste zum Überleben. Zeitweise sind sie selber auf den Zukauf von Nahrungsmitteln oder – das ist schlimmer – auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Wir müssen die Produktivität der Landwirtschaft durch strukturelle und verbesserte politische Rahmenbedingungen stärken. Die ländliche Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern muss nach unseren Vorstellungen vor allem dem Ziel dienen, den Zugang zu produktiven Ressourcen zu verbessern. Parallel dazu muss die Funktionsfähigkeit der regionalen Märkte für landwirtschaftliche Produkt- und Faktormärkte verbessert werden.

(D) *Dabei sind die strukturellen Ursachen der unzureichenden ländlichen Entwicklung in erster Linie durch die jeweiligen Länder, aber auch durch die Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu bekämpfen. Ziel der ländlichen Entwicklung kann es nicht in erster Linie sein, den Zwei-Hektar-Betrieben nachhaltig ihre Subsistenzwirtschaft zu sichern. Das steht auch so nicht im Weltagrarbericht. Leider kann ich nicht erkennen, woher Sie Ihre Aussagen zur Fokussierung auf kleinbäuerliche Strukturen nehmen.*

Entwicklungspolitik steht heute vor der Herausforderung, einerseits die kleinbäuerlichen Strukturen zu stärken, aber andererseits auch den notwendigen Strukturwandel sozial abzufedern. Wirtschaftlichere Betriebsgrößen werden in den betroffenen Regionen unterschiedlich ausgeprägt sein. Die Menschen vor Ort werden wissen, wie die bäuerliche Produktivität erhöht werden kann.

Unklar bleibt für mich, was die Kolleginnen und Kollegen von der Linken mit ihrem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt bezwecken. Die Aussagen bleiben zwar aktuell, aber wir sollten doch einmal genau hinschauen, wo wir die wirkliche Entwicklungsarbeit leisten müssen. Leider muss ich nämlich feststellen, dass die Erkenntnisse des Weltagrarberichts bei den Kolleginnen und Kollegen der Koalition nur eingeschränkt bis gar nicht fruchten. Nicht anders kann ich die Äußerungen des Abgeordneten Röring von der CDU bewerten. Dieser hat

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) *sich kürzlich in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur über die nach seiner Ansicht „völlig falsche Philosophie von vielen Entwicklungshilfeorganisationen“ echauffiert. Diese würden sogenannte kleinbäuerliche Strukturen verherrlichen und den technischen Fortschritt für die Entwicklungsländer ablehnen. Es stünden Stichworte wie „Geschlechterdebatte“ und „sozial-ökologische Reformen“ im Raum, die nichts mit den Realitäten und den Bedürfnissen vieler Entwicklungsländer zu tun hätten. Mit einem Rundumschlag lässt sich der Kollege Röring über die Misserfolge der bisherigen Entwicklungspolitik aus. Für unseren derzeitigen Entwicklungsminister, der erst sein Ministerium abschaffen wollte und es jetzt um 200 weitere Stellen aufstocken möchte, mögen Ihre Aussagen wunderbar geklungen haben. Die einfachen Weisheiten, die Herr Röring im Interview verbreitet, werden jedoch der komplexen Realität nicht im Geringsten gerecht.*

Die wirtschaftlichen Potenziale der einheimischen Bevölkerung werden durch zahlreiche rechtliche, agrarpolitische und soziokulturelle Hindernisse beschränkt. Fehlender Landzugang und fehlende finanzielle Ressourcen sind zu nennen. Gerade in Afrika liegt der überwiegende Anteil der landwirtschaftlichen Produktion in Frauenhand. Sie produzieren mehr als 90 Prozent der Grundnahrungsmittel und über 30 Prozent der Marktfürchte. Eine Förderung der ländlichen Entwicklung und der Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen von Frauen müssen eng miteinander verknüpft werden; denn auch die strukturelle Benachteiligung von Frauen, insbesondere in Afrika, ist ein wichtiger Faktor, der der wirtschaftlichen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion bis heute im Wege steht. Dies sind Realitäten in vielen Entwicklungsländern, die auch der CDU-Kollege Röring anerkennen sollte.

Richtig ist, dass wir gerade die afrikanischen Bauern unterstützen müssen, ihre Produktivität zu steigern. Es müssen rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Bäuerinnen und Bauern ermöglichen, ihre vorhandenen unternehmerischen Potenziale voll auszuschöpfen. Dies wird aber nicht dadurch erreicht, dass wir ihnen unangepasstes Saatgut und unsere Hochleistungsrinder schicken. Es wird dadurch erreicht, dass wir ihnen bezahlbares Know-how zur Verfügung stellen. Es wird dadurch erreicht, dass wir in unserem Land mehr Geld in die Hand nehmen und beispielsweise unsere einstmals so hoch gelobte Tropen- und Subtropenforschung vor dem kompletten Untergang retten.

Eine bessere Ausbildung, der Bau von Straßen und Lagerstätten, damit Lagerverluste bis zu 60 Prozent verringert werden, sind konkrete Maßnahmen der ländlichen Entwicklung. Dies kann und muss aber unter größtmöglicher Beteiligung der ländlichen Bevölkerung erfolgen. Nur sie weiß, was sie benötigt, um der Armut zu entrinnen. Achten wir ihre Belange nicht, besteht die Gefahr, dass korrupte Regimes oder lokale Warlords die Früchte des Fortschritts alleine verprassen. Daher ist ein Bottom-up-Entwicklungsansatz auch heute noch modern und zeitgemäß. Er ist auch mühsamer, das möchte

- ich nicht verhehlen. Aber er ist langfristig wirksamer als kurzfristige Beglückungskampagnen à la FDP.* (C)

Es bedarf verschiedener Instrumente und Elemente der ländlichen Entwicklung und im Agrarsektor, um langfristig den Hunger zu überwinden. Die Entwicklungsarbeit bei uns endet nicht mit der Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern in den südlichen Ländern. Das hat Herr Röring vergessen im Interview zu sagen. Zu mehr Unternehmertum und zu mehr Marktorientierung gehören auch faire Spielregeln auf den Agrarmärkten. Da müssen wir noch einiges nachholen in der EU. Ich hoffe, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2013 auch in diesem Bereich konsequent auf neue Herausforderungen ausgerichtet wird und marktverzerrende Subventionen endgültig abgeschafft werden.

Gleiches gilt im Übrigen für die spekulativen Auswüchse auf den Weltagrarmärkten. Hier müssen wir den Realitäten ins Auge schauen und politisch eingreifen, damit wir die Funktionsfähigkeit von Warenterminbörsen dauerhaft sichern. Vorschläge dazu hat die SPD bereits unterbreitet. Ich freue mich, dass auch das Bundesagrarministerium letzte Woche endlich aufgewacht ist.

Aber zurück zum Antrag der Linken. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag zum Entwurf des Haushalts 2011 des BMELV eingefordert, insgesamt 1 Million Euro bereitzustellen, damit der Weltagrarbericht fortgeschrieben werden kann. Damit wollen wir auch erreichen, dass die bisher sehr technologiefixierte Forschungspolitik der Bundesregierung zur Bekämpfung von Hunger, Klimawandel, Flächen- und Ressourcenknappheit auf eine breitere Basis gestellt wird. (D)

Daher wird die SPD sich enthalten.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Vor zehn Jahren haben die Regierungen von 189 Staaten acht UN-Millenniumsziele miteinander vereinbart. Zu diesen Zielen gehört die Halbierung der Zahl der hungernden Menschen bis zum Jahr 2015. Tatsächlich sind in den vergangenen zehn Jahren jedoch keine entscheidenden Fortschritte erzielt worden. Im Gegenteil: Die absolute Zahl der hungernden Menschen liegt seither bei rund 1 Milliarde. Weitere 2 Milliarden Menschen leiden an Mangelernährung. Die Gründe für diese besorgniserregende Bilanz sind vielfältig: Eine schlechte Regierungsführung zum Beispiel in Nordkorea oder dem Kongo, die demografische Entwicklung, der Klimawandel und ein ungenügendes Bildungsniveau sind einige der offensichtlichen Faktoren. Um die verschiedenen Missstände zu beseitigen, sind verschiedene Maßnahmen notwendig.

Der im April 2008 verabschiedete sogenannte Weltagrarbericht versucht in einem durchaus breit angelegten Ansatz, das Potenzial von althergebrachten, lokalen landwirtschaftlichen Kenntnissen und von technologischem Fortschritt danach zu bewerten, wie weit sie geeignet sind, Teilziele der Millenniumsvereinbarung zu erreichen. Er nennt hierzu eine Reihe von interessanten

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) *Fakten. Allerdings ist der Bericht mit seinen Folgerungen einseitig ideologisch ausgerichtet und greift zu kurz.*

Es besteht Einigkeit darüber, dass die landwirtschaftliche Effizienz insbesondere in den Nichtindustrieländern enorm erhöht werden muss. Daher wird die einseitige Fokussierung des Berichts auf kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft den vor uns liegenden Problemen nicht gerecht. Durch die stetig wachsende Weltbevölkerung verringert sich die Ackerfläche, die für die Ernährung eines jeden Menschen zur Verfügung steht. Ebenso führen der Klimawandel und der Anbau von Biomasse für die energetische Nutzung dazu, dass die für die Ernährungssicherung zur Verfügung stehende Ackerfläche abnimmt. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass etwa die Hälfte einer jeden Ernte entweder schon auf dem Feld oder anschließend bei der Lagerung und der Verarbeitung durch Schadorganismen vernichtet wird. Das bedeutet, dass nur eine Steigerung der Effizienz der Landwirtschaft die Chance bietet, den Hunger auf der Welt zu lindern. Dafür sind die Nutzung moderner Technik, moderner Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmethoden, moderner Sorten erforderlich. Damit die Menschen diesen Anforderungen gewachsen sind, brauchen sie mehr Bildung und Ausbildung. Mit einer romantisierenden Museumslandwirtschaft, wie sie verschiedene Nichtregierungsorganisationen, NGO, und der Weltagrарbericht fordern, kann das Problem der Welternährung nicht gelöst werden.

- (B) *Gerade in Ländern mit geringem allgemeinem Bildungsniveau, mit einem großen Anteil an Menschen, die nicht lesen und schreiben können, ist das Erfahrungswissen in der Bevölkerung über die landwirtschaftliche Produktion vergleichsweise gering. Daher reicht es bei weitem nicht aus, in diesen Ländern auf Tradition und Erfahrung zu setzen. Auch in Deutschland wurde der notwendige Leistungssprung der Landwirtschaft erst durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, den breiten Zugang zu Bildung und Ausbildung und in der Folge vermehrte wissenschaftliche Forschung mit der Anwendung ihrer Erkenntnisse möglich gemacht. Das Beispiel Mongolei, wo noch immer Weizen in einer Zwei-Felder-Wirtschaft produziert wird, zeigt, dass regional noch erhebliche Potenziale bestehen, die Erträge zu erhöhen.*

Hunger ist kein reines Verteilungsproblem. Der Überfluss in Hamburg kann den Hunger der Menschen in den Ländern der Subsahara nicht lindern. Sie brauchen nicht noch mehr Lebensmittellieferungen aus dem Ausland, sondern Hilfe zur Selbsthilfe und eine Stärkung ihrer Ernährungssouveränität. Deshalb unterstützt die deutsche Entwicklungshilfe auch kleinbäuerliche Strukturen und regionale Märkte. Um deren Funktionsfähigkeit zu erhalten, treten wir dafür ein, im Rahmen der Reform der gemeinsamen EU-Agrarpolitik die Exporterstattungen völlig abzubauen.

Für die Anpassung der Kulturpflanzen an den Klimawandel, ihre Resistenz gegenüber Schadorganismen und die Verbesserung ihrer Eigenschaften für die Ernährung müssen geeignete Sorten gezüchtet werden. Dabei müssen moderne Züchtungsmethoden wie die Gentechnik

genutzt werden. Untersuchungen der Universität Göttingen zeigen, dass indische Baumwollbauern mit gentechnisch veränderten Pflanzen deutliche Einkommensgewinne erzielen und ihre wirtschaftliche Situation verbessern konnten. Der nahezu flächendeckende Anbau von Bt-Baumwolle in Indien ist ein erfolgreicher Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger. Dieses Potenzial wird vom Weltagrарbericht unterschätzt. (C)

Ebenso muss für die Bekämpfung von Erblindung durch Mangelerkrankung in Afrika und Asien der Goldene Reis möglichst bald zur Verfügung gestellt werden. 500 000 Menschen erblinden in jedem Jahr. Es ist ethisch nicht vertretbar, den Menschen eine solche Sorte zu verwehren, die ihnen das Schicksal der Erblindung ersparen könnte, nur weil Menschen in Europa emotionale Vorbehalte gegenüber gentechnisch veränderten Pflanzen empfinden. Obwohl die Diskussion um den Goldenen Reis seit langem geführt wird, berücksichtigt der Weltagrарbericht diese Chance nicht.

Der größte Fortschritt gegen den Hunger wurde in den letzten 15 Jahren in Südasien, Lateinamerika und der Karibik erzielt. Diese Länder sind Beispiele für gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und eine offene Einstellung gegenüber Wissenschaft und technologischem Fortschritt. Hingegen stehen auf der Verliererseite die sogenannten Failed States, in denen Bürgerkriege, Korruption und Menschenrechtsverletzungen jegliche Bemühungen um Bildung der ärmeren Bevölkerungsschichten und Zugang zum landwirtschaftlichen Fortschritt zunichtegemacht haben.

- (D) *Die weltweite Landwirtschaft muss gestärkt werden. Investitionen in die Landwirtschaft müssen gerade in armen Ländern erhöht werden. Darüber hinaus sind weltweit auf allen Ebenen große Anstrengungen nötig, um die Effizienz zu erhöhen, den Ressourcenverbrauch zu vermindern und eine faire Verteilung der produzierten Agrargüter sicherzustellen. Der Weltagrарbericht liefert hierzu interessante Anregungen, aber als eine solide Grundlage für Regierungshandeln ist er nicht geeignet. Deswegen ist aus Sicht der FDP eine Unterzeichnung dieses Berichts nicht sinnvoll. Wir stehen damit im Einklang mit der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten.*

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

„Business as usual is not an option!“ Das ist – grob zusammengefasst – die zentrale Botschaft des Weltagrарbericht. Und auch für die Linke ist ein einfaches Weiter-so keine Option angesichts der dramatischen agrarwirtschaftlichen Defizite weltweit: bei der Durchsetzung des Rechts auf Nahrung und der regionalen Nahrungssouveränität, bei der Verteilungsgerechtigkeit an Lebensmitteln, Boden oder Wasser; bei der Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion, dem Kampf gegen den Klimawandel oder gegen den Verlust an biologischer Vielfalt. In einer Broschüre zum Weltagrарbericht heißt es:

Die Art und Weise, wie die Weltgemeinschaft in den nächsten Jahrzehnten ihre Ernährung und deren Produktion gestaltet, wird die ökologische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft unseres

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Planeten bestimmen. Je früher wir die unvermeidlichen Konsequenzen ziehen, desto besser sind die Erfolgsaussichten.

Doch wenn Weiter-so nicht geht, was dann? Dieser Frage stellten sich über 500 Expertinnen und Experten bei der Erarbeitung des Weltagrарberichts und suchten nach Lösungswegen. Sie haben ihre Erfahrungen und Erkenntnisse auf Hunderten Seiten zusammengetragen. Besonders bemerkenswert finde ich, dass nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder gar die fortschrittsgläubige Agrarindustrie alleine am Projekt beteiligt waren. Bei vielen Berichten ist das ja der Fall; daher sind sie oftmals mit Vorsicht zu genießen. Beim Weltagrарbericht war das anders: Hier wurde nicht nur auf wissenschaftliches, sondern auch auf nichtwissenschaftliches, also traditionelles Wissen zurückgegriffen. Ziel war, möglichst viele Perspektiven einzubeziehen, um eine große Vielfalt an Lösungsvorschlägen für eine der zentralen Zukunftsfragen zu erarbeiten: Wie kann sich eine wachsende Menschheit ernähren? Es gab Zuarbeiten aus armen und reichen Ländern, von Frauen und Männern, von Theoretikerinnen und Theoretikern sowie Praktikerinnen und Praktikern. Durch diese Vielfalt aus aller Welt, vielen Professionen und Denkschulen ist im Ergebnis ein solider und ernst zu nehmender Bericht entstanden, was ihn klar von manch anderem Bericht unterscheidet.

- (B) Für mich kann der Weltagrарbericht einen ähnlichen Erfolgsweg hin zu einer hohen moralischen und politischen Legitimation gehen wie der Weltklimabericht, Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC. Dessen erste Ausgabe wurde 1990 mehrheitlich nur milde belächelt, der Klimawandel von vielen geleugnet. Doch mittlerweile ist der vierte, nach kontinuierlicher Arbeit am Thema 2007 erschienene Weltklimabericht allseits anerkannt, politische Entscheidungen werden zunehmend an seinen Erkenntnissen ausgerichtet. Der Erkenntnisgewinn sollte beim Weltagrарbericht schneller gehen. Die Agrar- und Entwicklungspolitik gehört weltweit auf den Prüfstand, und wir sollten bereits die Ergebnisse dieses ersten Weltagrарberichtes in unserem eigenen Interesse sehr ernst nehmen.

Neben der Betonung regionaler Ernährungssouveränität unterstreicht der Bericht die Bedeutung der Frauen bei der Lösung der Probleme in den ländlichen Räumen. Der Weltagrарbericht schreibt den Frauen die zentrale Rolle bei der Sicherung eben dieser Ernährungssouveränität zu. Frauen spielen weltweit nach wie vor die entscheidende Rolle in bäuerlichen Familienbetrieben. Das ist ein allzu oft vernachlässigtes Thema, auch in der EU. Die Linke hat immer wieder darauf hingewiesen. Darum möchte ich auch an dieser Stelle darauf eingehen.

Im Bericht werden völlig verschiedene Erwerbsituationen von Frauen in der Agrarwirtschaft beschrieben. Einerseits greifen große exportorientierte Agrarunternehmen in den Industriestaaten gewinnsteigernd auf die billige weibliche Arbeitskraft zurück. Andererseits zeigt so mancher LPG-Nachfolgebetrieb in Ostdeutschland, dass Frauen solche Betriebe auch unter den Bedingungen der Marktwirtschaft exzellent, mit hoher sozialer

und ökologischer Verantwortung zu leiten verstehen. Betont wird, dass in den osteuropäischen Staaten die formalen Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der Landwirtschaft kaum vorhanden waren. Durch die wirtschaftliche Liberalisierung nach 1989 wurde diese Erwerbsituation zunichte gemacht. Neben nichtexistenzsichernden Erwerbsituationen von Frauen und einem Rückfall in puncto Gleichstellung werden der mangelhafte Zugang zu Bildung und nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten hervorgehoben. Aber es gibt auch hoffnungsvolle Entwicklungen: Beispielsweise in Subsahara-Afrika könne bei der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen ein klarer Wandel festgestellt werden. Frauen übernehmen immer mehr Aufgaben wie Bodenvorbereitung, Pflanzenschutz oder Verkauf der Ernte.

Die Abwanderung junger Männer in die urbanen Zentren erzwingt, dass viele Familien und Landwirtschaftsbetriebe nun von Frauen geführt werden. Dabei gewinnen Fragen nach Landbesitz und Zugang zu fruchtbarem Land eine neue zentrale Bedeutung. Vormalig waren sie klar in männlicher Hand. Heute sind neue gesetzliche und auch soziokulturelle Änderungen nötig. Frauen brauchen Zugang zu Agrarverbänden und Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Im Bericht wird gleichzeitig betont, dass Frauen oft in ihren Rollen als Familienfürsorgerinnen, Pflanzensammlerinnen, Gärtnerinnen, Kräuterspezialistinnen, Saatgutpflegerinnen und inoffizielle Pflanzenzüchterinnen über sehr wertvolles Wissen zur Nutzung lokaler Pflanzen- und Tiersorten für Ernährung, Gesundheit und Familieneinkommen verfügen. Dieser scheinbar kleine, aber sehr wichtige Aspekt aus dem Weltagrарbericht macht deutlich, wie bedeutsam eine breite Debatte über diese Themen ist, auch hier im Bundestag. Die Linke hat daher den Antrag „Erkenntnisse des Weltagrарberichtes zur Grundlage deutscher, europäischer und internationaler Agrar- und Entwicklungspolitik machen“ gestellt. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Weltagrарbericht schnellstmöglich zu unterschreiben. Das wäre ein klares Bekenntnis Deutschlands und würde die wichtigen Ergebnisse des Berichts anerkennen. Damit würde sich Kanzlerin Merkel nicht einmal weiter aus dem Fenster lehnen, als es zum Beispiel Großbritannien, Finnland oder Schweden längst getan haben.

Viel wichtiger als das Unterschreiben ist allerdings, dass seine Ergebnisse berücksichtigt und seine Fortentwicklung zum zweiten Weltagrарbericht finanziell gesichert werden. Hier steht Deutschland als reiches Land in der Pflicht. Darum fordern wir im Antrag von der Bundesregierung, „sich an der Fortführung des Weltagrарberichtes und der Finanzierung dieses Prozesses“ zu beteiligen. Und auch in die Debatte um die Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, GAP, nach 2013 müssen die Erkenntnisse des Weltagrарberichtes einbezogen werden. Wichtig ist, dass der Weltagrарbericht nicht nur weises Papier bleibt, sondern zu politischen Veränderungen führt. Dafür setzt sich die Linke ein. Darüber sollten wir im Fachausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz diskutieren.

(A) Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Botschaft des Weltagrarberichts ist deutlich: Die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft ist kein Beitrag zur Ernährungssicherung. Nicht die Agro-Gentechnik, die die Bundesregierung als „Bio-Ökonomie“ mit über 2 Milliarden Euro fördert, nicht die von Schwarz-Gelb verfolgten aggressiven Exportstrategien, nicht die auf Futtermittelimporten basierenden Megamastställe können die bald 9 Milliarden Menschen ernähren. Nur eine umweltgerechte, dezentrale, moderne bäuerliche Landwirtschaft löst die eklatanten Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme bei den Ressourcen wie Böden, Wasser und Lebensmittel.

Die Übernutzung unserer natürlichen Ressourcen gefährdet langfristig den Erfolg der Produktion. Mit unserem Konsum- und Lebensstil verbrauchen wir 2,5 Planeten. Die Bundesregierung und Ministerin Aigner missachten die Ergebnisse von 500 internationalen Wissenschaftlern und weigern sich, den Bericht zu unterzeichnen, wie dies UN, Weltbank und 60 Regierungen getan haben. Stattdessen treiben sie die aggressive Exportpolitik Deutschlands im Agrarbereich weiter zu Lasten der Armutsregionen.

In den letzten 50 Jahren verdoppelte sich die Bevölkerung auf 6,9 Milliarden Menschen, die Produktivität in der Landwirtschaft stieg um 2,5 Prozent. Obwohl weltweit ein Drittel mehr an Kalorien zur Verfügung steht, als zur Ernährung aller benötigt würde, hungert eine Milliarde Menschen. Die sogenannte Revolution der Landwirtschaft mit gesteigertem Pestizid- und Düngereinsatz verschärft die Armut und den Hunger. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

(B)

Die Unterschriften der Bundesrepublik Deutschland unter die Millenniumsziele und das Recht auf Nahrung verlangen einen Paradigmenwechsel. Es muss eine politische Neuausrichtung im Handel und der Agrarförderung weg von der Förderung der Industrialisierung, Agro-Gentechnik und Großstrukturen hin zur Unterstützung kleiner und mittelgroßer Landwirtschaft geben. Das gilt auch und gerade in der EU. Anstatt dem EU-Kommissar bei den vorsichtigen Reformvorschlägen zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik – GAP – unter die Arme zu greifen, geht es Ministerin Aigner und dem Deutschen Bauernverband um die Entwicklung der Landwirtschaft hin zu billigen Rohstofflieferanten. Durch das Dumping dieser Produkte auf dem Weltmarkt werden die Strukturen in den Entwicklungsländern zerstört.

Wir fordern öffentliches Geld für öffentliche Güter und gute Lebensmittel – nicht für chemische Intensivierung. Umwelt- und Klimaschutz, Arbeitsplätze in ländlichen Regionen, Erhalt von Biodiversität und Gentechnikfreiheit – das alles sind Leistungen, für die die Menschen durchaus bereit sind, die Landwirtschaft zum Teil mit öffentlichen Geldern zu fördern. Essen ist Leben, Essen für alle und Bio und Fair ernährt mehr – das sind heute die Themen in der Gesellschaft. Wir fordern die Bundesregierung auf, daran zu arbeiten, dass nicht 50 Prozent der Lebensmittel weggeworfen und 30 Millionen Hektar

als Fläche für den Futteranbau für die Massentierhaltung benötigt werden. **(C)**

Wissenschaftlich falsch und Ausdruck einer einseitigen Interessenvertretung sind die Angriffe, die die christdemokratischen Parteien CDU und CSU kürzlich auf die Kirchen und ihre Entwicklungsarbeit ausgeführt haben. Herr Kollege Röring, die Hilfsorganisationen haben den Mut, sich auf die Seite der Armen und gegen die Methoden der internationalen Agrarindustrie zu stellen, die mit Raubbau, Landgrabbing und Marktherrschaftsstrategien zur Verschärfung der Hungerprobleme beiträgt. Da haben Sie unsere ganze Unterstützung.

Wir nehmen auf einer großen Konferenz zum Thema „BodenLos“ am Wochenende die Probleme des Landraubs in Entwicklungsländern, die Agrarspekulationen und die unfairen Handelsbeziehungen in den Fokus. Von der Bundesregierung fordern wir, mit einer konsistenten Politik zwischen Agrar, Handel und Entwicklungszusammenarbeit sozial und ökologisch angepasste Landbewirtschaftungsformen voranzubringen und so zur Lösung der Probleme beizutragen, anstatt diese zu forcieren.

Wir halten aber auch das Ansinnen der Linkspartei, hier in einer Kampf Abstimmung im Deutschen Bundestag die Koalition zur Ablehnung des Weltagrarberichtes zu treiben, für nicht besonders zielführend. Stattdessen wollen wir einen konstruktiven Dialog zwischen allen Fraktionen darüber, wie man bei der Umsetzung der Erkenntnisse in der deutschen, europäischen und internationalen Politik Fortschritte erzielen kann und so der Realisierung des Rechts auf Nahrung ein Stück näher kommt. **(D)**

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 17/3542 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und zur Mitberatung an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden, wie ich sehe. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 31:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Extraprofite von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern abschöpfen

– Drucksache 17/3673 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Haushaltsausschuss